

Kamener Zeitung

Erheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterzugsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 50.

Donnerstag den 25. April 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Im Reichstag

Wurde am Dienstag die Generaldebatte über den Reichsfinanzetat recht schnell zu Ende geführt. Nach dem Abg. Kretz (konf.), der seine Aufmerksamkeit zunächst den Sozialdemokraten widmete und in der Zeit der Einschränkung des Majestätsbeleidigungsparagraphen ein Gesetz gegen die Beleidigung verstorbener Hohenzollern forderte, sprach nur noch die Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nl.) für die Verschärfung des Automobilschuldengesetzes und von Dörzen (Apt.) — gegen die Ausföhrung der Redakteure. Staatssekretär Dr. Nieberding wies auf eine neu in Kraft getretene Automobilschuldensatzung sämtlicher Bundesstaaten hin, deren Wirkungen vor Regelung der Haftpflicht abzuwarten sei. Dann machte ein Schlussantrag der Debatte ein Ende. Die Resolutionen über die Aufhebung des Zeugniszwanges der Redakteure und die Sicherstellung des Immunitätsrechts gegen die Ausföhrung wurden gegen die Stimmen fast aller Mitglieder der Rechten angenommen, die letztere in der sozialdemokratischen auch die Abgeordneten der Landtage in sich begreifenden Fassung, auch die Resolutionen auf reichsgesetzliche Regelung der staatlichen Haftpflicht für Beamtenverfehen, auf Sicherung der Bauhandwerkerforderungen und auf Gewährung von Schöffen- und Geschworenendiensten (Dr. Wlass und Genossen) fanden Annahme. Die nationalliberale Resolution auf Schaffung eines Zwangs-Vergleichs außerhalb des Konkurses wurde abgelehnt. Zu dem Titel „Remunerationen für Sachverständige“ sprach dann noch der Abg. Stadthagen (Soz.). Er forderte die gänzliche Beseitigung der Konkurrenzklause und wies keine Rede persönlich gegen den abwesenden Abgeordneten v. Hehl zu, der bekanntlich dem Hause Aufklärung über gewisse in seinem Werke übliche „ungehörliche“ Verträge versprochen, aber bisher noch nicht erteilt hat. Der Abg. Baffermann (nl.) kündigte diese Aufklärungen seines Freundes nochmals an.

In vorgerückter Stunde ging das Haus dann noch zur Beratung des Militäretats über. Die Debatte verlief sich in Einzelheiten. Die Abg. Erzberger und Graf Orlola nahmen sich der Militäranwörter an, während andere Abgeordnete lokale Wünsche der Stadt Magdeburg, Königsberg und Oldenburg vorbrachten. Kriegsminister v. Einem kündigte den Umbau der Landesbefestigungen an, was gewaltige Kosten verursachen würde. In der Begründung führte er aus, er hoffe, dies ohne Beeinträchtigung durchzuführen, ehe man sie gebrauche. Ein schnelleres Tempo habe er nicht angeschlagen und zwar nur aus finanziellen Interesse und in vollem Vertrauen auf unsere große Kraft, die wir im Heere haben. Die alten Waffen seien durchaus noch kriegsbrauchbar gewesen. Auf die Waffen allein komme es aber nicht an, sondern auch auf den Geist in der Armee und die Begeisterung im Volke. Der deutsche Soldat müsse die besten Waffen haben, die es gebe. (Bravo!) Der Reichstag hat die notwendigen Mittel ja auch bereitwilligst bewilligt. Man dürfe nicht zu Zuständen kommen wie Frankreich vor drei Jahren, das, als der Himmel sich bewölkte, hunderte von Millionen an die Grenze warf, um kriegstüchtig zu werden. Man müsse bereit sein, ehe man Waffen gebrauche. (Lebhafter Beifall.) — Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Das Abgeordnetenhaus

Setzte am Dienstag zunächst die Beratung des Etats der Ansiedlungskommission fort. Abg. Aronsohn (Frs. Vpt.) wies darauf hin, daß der materielle Nutzen der Ansiedlungspolitik lediglich den Kosten zugute gekommen sei. Sehr zu beklagen sei, daß alle Eingaben der Handelskammern gegen die Schädigung des Handels in den Provinzen, die sich aus dessen Ausföhrung durch die Ansiedlungskommission ergibt, ergebnislos gewesen seien. Von Anfang an habe man die Interessen der Städte bei der Ansiedlungspolitik vernachlässigt. Der Mißerfolg der Tätigkeit der Ansiedlungskommission erklärte sich daraus, daß in ihr keine Männer des praktischen Lebens seien. Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) verlangte, die Regierung solle den Polen mit Milde und Gerechtigkeit entgegenkommen, dann werde Friede eintreten. Minister v. Arnim erwiderte dem Abg. Aronsohn, daß nach den übereinstimmenden Auskünften der Bürgermeister die Städte im Ansiedlungsgebiet erhebliche Fortschritte gemacht hätten. Für kaufmännische Vertreter, wie sie ein früherer Antrag Aronsohn verlangt habe, sei in der Ansiedlungskommission keine Verwendung. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Abg. v. Wenzel (konf.) und Frhr. v. Jeditz (F.). Die Abstimmung über den freikonserватiven Antrag, der das Bedauern über das Ausbleiben der angekündigten Polenvorlage ausdrückt, wurden bis zur dritten Lesung ausgesetzt. Beim Etat der Seehandlung empfahl Abg. Gylling den Verkauf der Landshauer Spinnerei und der Bromberger Mühlen und rügt, daß bei den hypothekarischen Darlehen des Staats an die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke Umwidmungen vorgenommen worden seien, um die Verluste des Staats zu verschleiern. Der Redner forderte eine gesetzliche Begrenzung der Kompetenzen der Seehandlung. Finanzminister Frhr. von Reibeben erwiderte, daß die Unterstützung der Nordischen Stahlwerke im Interesse der Ostmarkenpolitik erfolgt sei, da es sich um einen Versuch handle, im Osten der Industrie den Boden zu bereiten. Abg. Dr. Friedberg (nl.) erklärte, daß es richtiger gewesen wäre, wenn der Finanzminister die Forderungen für diese Werke vom Saule verlangt hätte. Schließlich wurde eine Resolution der Budgetkommission angenommen, in der die Regierung ersucht wird, dafür zu sorgen, daß die Seehandlung in Zukunft Kredite nur auf Grund bankmäßiger Sicherheiten gewähren möge. Beim Etat des Finanzministeriums begründete Abg. Gylling den Antrag der beiden freisinnigen Parteien auf Gewährung von Beihilfen an die

Unterbeamten und die mittleren Beamten. Der Finanzminister sagt diese Beihilfen für die Unterbeamten zu, bat jedoch, sie für die mittleren Beamten abzulehnen. Die Abg. Frhr. v. Erffa (konf.) und Schmieding (Frs.) sprachen sich gegen den Antrag aus.

Die Hüttensteuer in Ostafrika.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Beratung des Kolonialetats fortgesetzt. Bei dem Etat für Ostafrika beantragt Abg. Semler (Nat.), bei dem Titel „Bölle“ die Summe der Einnahmen um 500 000 Mark zu erhöhen. Kolonialdirektor Dernburg teilt mit, daß die Einnahmen der Kolonie um ungefähr eine Million höher seien als im Vorjahre. Er bittet, die Erhöhung der Einnahmeposition aber nur um 400 000 Mark vorzunehmen. Abg. Erzberger (Frs.) wünscht Auskunft über die Art der Eintreibung der Hüttensteuer. Die jetzige Art sei mit einer Ursache des Aufstandes in Ostafrika gewesen. Was nützen die 3/4 Millionen Einnahmen aus der Hüttensteuer, wenn man alle paar Jahre Hunderte von Millionen zur Niederwerfung von Aufständen ausgeben müsse. Abg. Dr. Arendt (Apt.) schließt sich dem Antrag Semler an. Die Hüttensteuer sei das einzige Mittel zur Zivilisierung der Eingeborenen, da sie sie zur Arbeit zwingt; sie habe bei dem Aufstand nicht mitgesprochen. Die Einziehung gehe vor sich in geordneter Weise in regelmäßigem Verwaltungswege. Hingegen empfiehlt er die Abschaffung der Salzsteuer, die mehr Unkosten verursache als Ertrag akwerfe. Geh. Rat Conze erklärt, daß die Anwendung bestehe, bei Einziehung der Hüttensteuer nie mit Gewalt vorgegangen. Einzelfälle, wo dies gleichwohl geschehen sei, bitte er mitzuteilen, um Abhilfe eintreten zu lassen. Abg. Dr. Baasche (Nat.) sieht gleichfalls die Hüttensteuer als eine Erziehungsteuer an; er tritt für die kommunale Selbstverwaltung und für die Zulassung der dazu nötigen Gemeindesteuern, mit Ausnahme der Gewerbe- und der Luxussteuern, ein. Kolonialdirektor Dernburg macht Mitteilung über Bergbaukonzessionen in der Kolonie, sowie über die Steuerverhältnisse in den außerdeutschen Kolonien, über die Beschränkungen, die die Kongosatte hinsichtlich der Steuern auferlegten. Geheimer Rat Conze gibt eine ausführliche Darstellung der Einnahmen der Kolonie in den letzten Jahren. Abg. Bebel (Soz.) widerspricht der vorigen Darstellung der Abg. Dr. Arendt und Baasche über Ostafrika. Die Salzsteuer müsse abgeschafft, die Hüttensteuer erniedrigt werden. Abg. Semler (Nat.) reduziert seinen Antrag auf Erhöhung der Einnahmen von 500 000 Mark auf 400 000 Mk., entsprechend dem Wunsche des Kolonialdirektors. In dieser Fassung wird der Antrag einstimmig angenommen. Bei der Einnahme aus dem Eisenbahnbetriebe der Wambara-Bahn regt Abg. Dr. Arendt (Apt.) die Fortführung dieser Bahn bis Massinde an. Weiter könnte aus den erzielten Ueberschüssen mehr Betriebsmaterial für die Bahn angeschafft werden in Rücksicht auf den zu erwartenden höheren Verkehr. Kolonialdirektor Dernburg bezieht den Jahresüberschuß auf 470 000 Mk. Die Vorarbeiten zur Verlängerung der Bahn seien im Gange. Die Dinge müßten aber ihren geordneten, geschäftsmäßigen Weg gehen. Er unterhandle zunächst mit der Firma Lenz um die Fortführung der Bahn auf ihr eigenes Risiko. Abg. Schad (Wirtsch. Vgg.) tritt für eine großzügige Eisenbahnpolitik in den Kolonien auf Kosten des Reiches ein. Er wäre bereit, einer größeren Kolonialanleihe für diesen Zweck zuzustimmen. Kolonialdirektor Dernburg hält gleichfalls die Auffstellung eines Programmes für Eisenbahnbauten für notwendig. Sie sei bereits in die Wege geleitet worden. Drängen und Ueberstürzen sei zu vermeiden. Hierauf werden die Ausgaben der Bivverwaltung bewilligt.

Deutschland.

— Die Wahlprüfungscommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. Trimbörn-Köln (Frs.) für gültig. Der Protest, der von sozialdemokratischer Seite gegen diese Wahl eingelegt worden war, weil am Tage vor der Stichwahl der Oberbürgermeister von Köln, Becker, einen Aufruf gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Hofrichter zugunsten des Zentrums kandidaten Trimbörn an die nationalen Wähler gerichtet hatte, wurde von den Sozialdemokraten selbst nicht für durchgreifend erachtet, weil Becker den Aufruf nur in seiner Eigenschaft als Ehrenbürger der Stadt Köln unterzeichnet hatte. Auf den gleichen Standpunkte stellten sich der Referent und die Mehrheit der Kommission. Von konservativer Seite wurde erklärt, daß ihre Partei auch wenn der Oberbürgermeister den Aufruf mit seinem Amtstitel unterzeichnet hätte, gegen die Gültigkeit der Wahl nichts zu erinnern hätte.

— Der neue Ergänzungsetat für 1907, der dem Reichstag demnächst zugeht, wird u. a. die Teuerungszulagen für die Beamten bringen und 15 Millionen als erste Rate für die Erweiterung des Nordostkanals fordern.

— (Die Deutsche Orient-Bank in Persien.) Der Standard veröffentlicht wieder Mitteilungen über Deutschlands Vordringen in Persien und begleitet sie mit einem sehr energischen Zeitartikel, in dem die englische Regierung aufgefordert wird, der veränderten Lage im Mittel-Osten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden zu lassen. Wir sind in der Lage, bekanntzugeben, schreibt das leitende konservativ Blatt, daß ein Vorvertrag zwischen der Deutschen Orient-Bank in Berlin und der Nationalbank von Persien in Teheran durch die Vermittlung des deutschen Gesandten am persischen Hof, Herrn Stenrich, abgeschlossen worden ist. Dieser Ver-

trag ist vorläufig nur provisorisch, aber die weiteren Formalitäten sollen innerhalb der nächsten zwei oder drei Monate erledigt werden. Einer der bedeutendsten Punkte des neuen Vorvertrags besteht darin, daß die Deutsche Orient-Bank Filialen in verschiedenen persischen Städten errichten soll, während die Hauptstadt der Nationalbank von Persien überlassen werden soll. Es sei aber zweifelhaft, ob diese Einzelheiten jetzt durchgeführt würden. Was für äußerliche Beziehungen zwischen der Deutschen Orient-Bank und der Nationalbank von Persien immer zur Schau getragen werden, kann man sicher sein, daß die gegenseitigen Beziehungen bereits die intimsten sind. Vorläufig aber besteht die Absicht, diese intimen Beziehungen mit einem Schleier des Geheimnisses zu verhüllen. Es ist bemerkenswert, daß dieser bedeutende Erfolg nicht von Abgesandten der Deutschen Orient-Bank, sondern von dem Vertreter der deutschen Regierung in Teheran erreicht wurde. Der Standard weist darauf hin, daß diese Unterstützung der persischen Nationalbank ein direkter Angriff auf englische Interessen ist, und daß der Anteil des Gesandten Stenrich den Beweis liefere, daß die deutsche Regierung diese anti-englische Tätigkeit (!) unterstütze. Der Zeitartikel des Standard betont, daß das Vorgehen Deutschlands in Persien ein Versuch sei, die Verständigung zwischen England und Rußland schon jetzt zu unterminieren. Das englische auswärtige Amt müsse vorgreifen, sonst würde sich die Lage in Persien mit der Zeit derartig zuspitzen, daß ein offener Konflikt zwischen England und Deutschland unvermeidlich wäre.

— Die Anwendung des Erbbaurechts nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nach der „Post. Ztg.“ in umfangreichem Maße zur Erhaltung des Bodens in deutschen Händen in Posen beschloffen worden. Es handelt sich dabei um die Verwertung der großen Flächen des Festungsgeländes, die durch die Aufgabe der Stadtmur der Befestigung erschlossen worden sind. Da jedoch Kreditanstalten, die den hierzu nötigen Hypothekenkredit gewähren, nicht vorhanden sind, wird auf gemeinnütziger Grundlage eine Kreditvereinigung der beteiligten Hausbesitzer gebildet, und dieser wird der Staat zur Durchführung des Unternehmens unter Verzinsung und Amortisation ein Darlehen von einer Million zur Verfügung stellen.

— Der Ministerwechsel in Baden ist zur Tatsache geworden. Der Großherzog hat das vor etwa 14 Tagen von dem Minister des Innern Dr. Schenkel eingereichte Entlassungsgesuch genehmigt und den Oberdirektor des Wasser- und Straßenbaus, Frhr. v. Bodmann, zum Nachfolger ernannt. Dr. Schenkel übernimmt den Posten des Präsidenten der Oberrechnungskammer, dessen bisheriger Inhaber, Geheimrat Jooß, in den Ruhestand tritt.

— (Agitation gegen General Reim.) Im bayerischen Verbande des Flottenvereins wird eine große Kundgebung gegen General Reim und das Präsidium vorbereitet. Man will nicht eher ruhen, bis Reim das Präsidium niedergelegt hat.

Ausland.

Frankreich.

— (Die Ursache der „Jena“-Katastrophe.) Wie aus Toulon telegraphiert wird, hat der Untersuchungsausschuß, der wegen der Katastrophe des Panzerschiffes „Jena“ eingesetzt ist, neben eine wichtige Entdeckung gemacht, die ihn in die Lage setzt, mit Bestimmtheit die Vermutung zu widerlegen, wonach die Katastrophe infolge Kurzschlusses oder durch einen elektrischen Funken der Pumpwerksmaschine erfolgt sei. Einem weiteren Telegramm zufolge befürworteten mehrere Offiziere des Untersuchungsausschusses der „Jena“ im Hinblick auf die Katastrophe eine Verringerung der Quantität des „B“-Pulvers in den Granaten, um dadurch die Gefährlichkeit desselben zu verringern.

Russland.

— Die letzte Sitzung der Duma gestaltete sich zum Schluß wieder sehr stürmisch. Den Anlaß hierzu gab die Besprechung des Antrages der Rechten, daß über den Antrag, den Unwillen der Duma über die politischen Verbrechen auszudrücken, beraten werden solle. Redner der Rechten, darunter Purischewitsch, bestanden auf der Forderung der Dringlichkeit für den Antrag. Purischewitsch verliest ein Telegramm aus Stauß, wo der Vorsitzende des Verbandes der wahrhaft russischen Leute ermordet wurde. (Lachen.) Redner weist darauf hin, daß die politischen Verbrechen sich täglich mehrten, und daß die Duma die Pflicht habe, sich gegen dieselben auszusprechen. Der Präsident stellt den Antrag, morgen die Frage der politischen Verbrechen zu beraten, zur Abstimmung; der Antrag wird mit 245 gegen 128 Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Sitzung wurde unter Protest der Rechten geschlossen.

Der Kaiser hielt am Sonnabend eine Parade über das Garde-Kosaken-Regiment ab und richtete an die Kosaken eine Ansprache, in der er ausführte, es gereichte ihm zur großen Freude, seinen Wunsch, in der Garde Vertreter sämtlicher Kosakentruppen zu haben, verwirklicht zu sehen. Er dankte allen Kosaken für ihre treuen Dienste und besonders auch denjenigen, die an dem Kriege mit teilgenommen hätten, für ihre Leistungen in den zahlreichen Schlachten. Der Kaiser sprach sodann den Offizieren seinen Dank aus für die glänzende Parade und trank auf den Ruhm des Regiments und die Gesundheit der Kosaken.

Der russische Friedensapostel Prof. v. Martens hat sich vor kurzem dem Petersburger Korrespondenten des „Tamps“ gegenüber dahin geäußert, er wäre auf seiner Reise überall sehr gut empfangen worden, nur in Berlin nicht. Ueber diese Aeußerung soll, nach dem „Leipz. Tagebl.“, der deutsche Kaiser seinen Unwillen in sehr drastischer Form geäußert haben. Prof. v. Martens hat sich darauf beim deutschen Botschafter in Petersburg formell entschuldigt.

Marokko.

Die Schlichtung der marokkanisch-französischen Differenzen hat noch gute Wege. Die „Agence Havas“ teilt mit: Ueber die Antwort auf den Brief des marokkanischen Ministers des Auswärtigen Abdelkrim ben Sliman betreffend die Ansprüche Frankreichs wegen der Ermordung des Dr. Mauchamp wird eine Entscheidung nicht getroffen werden, bevor der volle Wortlaut des Briefes in Paris eingetroffen sein wird. Die marokkanische Staatsbank ist Montag morgen in Tanger eröffnet worden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 25. April. (5½ Proz. Reichsbankdiskont.) In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses ist der Diskont der Reichsbank von 6 Prozent auf 5½ Prozent und der Lombardzinsfuß von 7 Prozent auf 6½ Prozent herabgesetzt worden. Die Reichsbank ging dabei von der Erwägung aus, daß man das Land nicht länger die schwere Last des sechsprozentigen Zinsfußes tragen lassen dürfe. Der Status weise eine Erleichterung auf; sowohl bezüglich der Anlagen wie des Metalls sei eine Besserung eingetreten. Jedoch sei diese Besserung nicht so erheblich wie zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. So erkläre es sich, daß man nur zu einer Herabsetzung um ein halbes Prozent schreiten könne. Erleichtert wurde andererseits der Vorschlag betr. die Ermäßigung des Diskonts durch die Beobachtung, daß auch die ausländischen Banken, speziell die Bank von England, günstig daständen; die Bank von Frankreich habe zwar etwas Metall verloren, aber sie stehe doch immer recht gut da, weil sich in Frankreich die Unternehmungslust nicht in dem Maße betätige, wie das in Deutschland der Fall sei. Bezüglich der weiteren Entwicklung des Geldmarktes lasse sich schwer etwas sagen. Die Konjunkturverhältnisse draußen werden an maßgebender Stelle der Reichsbank als recht gut angesehen. Von großen neuen Investitionen hat man sich, nach den aus den Wirtschaftszentren einlaufenden Berichten, anscheinend zurückgehalten. Eine solche Mäßigung werde auch weiterhin notwendig sein. Bezüglich der neuen Schatzanleihe wird man sich hoffentlich bald einig sein; man glaubt, daß diese Emissionen im Hinblick auf den billigen Emissionspreis gut gehen werden. Der sechsprozentige Reichsbankdiskont ist seit dem 22. Januar — also netto ein Vierteljahr — in Kraft. Im vorigen Jahre konnte bereits am 18. Januar die Ermäßigung von 6 Prozent auf 5 Prozent vorgenommen werden, der am 23. Mai die weitere Ermäßigung auf 4½ Prozent folgte. Die Bayerische Notenbank setzte den Wechseldiskont auf 5½ Proz. und den Lombardzinsfuß auf 6½ Prozent herab.

Kamen, 25. April. (Die absterbende Angel.) In einem Vorort Berlins schoß ein Arbeiter auf seine Frau, um sie zu töten. Die Angel ging fehl und traf das Kind, das die Frau auf dem Arme hatte. Es starb an der Verletzung. Der Mann wollte einen Menschen töten und hat auch einen getötet. Beging er deswegen einen Mord begw. Totschlag? Er hatte die Absicht, die Frau zu töten. Das mißlang ihm. Soweit also eine gegen die Frau gerichtete Handlung in Frage kommt, liegt nur ein Versuch vor, und zwar, wenn wir annehmen, daß er mit Ueberlegung gehandelt hat, Mordversuch. Das Kind hat er getötet, aber ohne es zu wollen, weil er schlecht schoß. Es liegt also zweitens eine fahrlässige Tötung vor. Es konstatieren somit zwei Straftaten miteinander, Mordversuch und fahrlässige Tötung, und zwar, da sie durch ein und dieselbe Handlung, das Abschießen des Revolvers, begangen wurden, in idealer Konkurrenz, wie das die Juristen im Gegensatz zur realen Konkurrenz zu nennen pflegen, bei der zwei selbständige Handlungen vorliegen. Da nun auf Mordversuch die schwerere Strafe steht, nämlich Zuchthaus nicht unter 3 Jahren, während fahrlässige Tötung nur mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet wird, so wird dem Manne nur wegen Mordversuchs der Prozeß gemacht werden.

Kamen, 25. April. (Verschiedenes.) Der diesjährige Verbandstag des Evangelischen Arbeiterbundes soll am 26. Mai in Giel abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Antrag auf Ausschluß solcher Mitglieder, die sich im Sinne sozialdemokratischer Bestrebungen betätigen. Zwei Mitglieder wurden in den Bund neu aufgenommen. Das Gesamtvermögen der Bundes-Sterbekasse ist auf 40 121 Mark angewachsen.

(Die Genidstarre im Ruhrrevier.) Die Behörde hat die Schließung aller Schulen in Redlinghausen-Süd und in Sillerheide angeordnet, wegen der steigenden Genidstarre-Gefahr. Bis jetzt sind im ganzen Stadtbezirk 34 Fälle von Genidstarre vorgekommen, die zumeist tödlichen Ausgang haben. Der Verdacht der Genidstarre bei dem am vergangenen Freitag plötzlich verstorbenen zwölfjährigen Sohn des Bergmanns Heinrich Trauwinkel aus der Hohenwartstraße in Perten hat sich bestätigt. — In Elberfeld ist wiederum ein Fall von Genidstarre zu verzeichnen und zwar ist dies der fünfte. Der 47jährige Weber Vitinius ist nach kurzer Krankheit der Seuche erlegen.

Metzler, 25. April. Selbstmord durch Erschießen verübte ein junger, dem Kaufmannstand angehöriger Mann. Die Veranlassung zur Tat ist in Familienstreitigkeiten zu suchen.

(Dortmund, 25. April. (Verschiedenes.) Nach Mitteilung der Besche Schornhorst wurden bei einer Schlagwetterexplosion 6 Bergleute leicht und einer schwer verletzt. Die Förderung konnte nach einigen Stunden wieder aufgenommen werden.

Bradel, 25. April. (Durch Elektrizität getötet.) Am 23. d. Mts. gegen 1 Uhr nachmittags ist der Schlosser Renth aus Dortmund, welcher auf dem Depot der elektrischen Straßenbahn in Witten als Schlosser beschäftigt war, der Stromleitung zu nahe gekommen und infolge der Stromeinwirkung sofort getötet worden.

Witten, 24. April. Von einem schweren Schicksalsschlage wurde die Familie Hoffmann im Ladbettweg betroffen. Die Ehefrau entfernte sich gestern morgen, um Küchensachen zu holen und ließ ihre drei Kinder von 1—4 Jahren schlafend im Bette zurück. Als die Frau nach längerer Abwesenheit zurückkehrte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick dar. Das älteste Kind, ein Mädchen, hatte mit Streichhölzern gespielt und dabei das Bett in Brand gesteckt, war jedoch selbst, als es die Gefahr, in der es schwebte, erkannte, aus dem Bette gesprungen. Ein zweijähriges Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es kurz nach seiner Ueberführung in das Krankenhaus starb. Die Flammen ergriffen schließlich auch den Kleinkindenschlafwagen, der in der Nähe des Bettes stand. Ein in demselben liegendes 1 Jahr altes Kind erlitt ebenfalls schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Bochum, 24. April. Wegen Versicherungsbetrugsverf. wurde der Dachdeckermeister Faust von Giel zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Fausts Besitztum brannte in der Nacht zum 1. Juli 1905 zum Teil ab. Nach dem Brande versetzte er heimlich einen Teil der nichtverbrannten wertvollen Möbel in Gelsenkirchen, meldete sie aber als verbrannt bei der Badischen Feuerversicherungsgesellschaft an. Insgesamt hatte Faust in betrügerischer Absicht den Schaden um 2000 Mark zu hoch berechnet. Als der Betrugsverf. entdeckt wurde, flüchtete Faust nach Belgien.

Geerdts a. Rh., 24. April. (Ueberfahren.) Der Schlosser Vermees wurde am Abend auf einem Aufschlageise von einer Maschine der Sobawerke erfasst und getötet.

(Bielefeld, 25. April. Hart bestraft wurden in der vorigen Woche ein Bahnreisegasthauer von Gütersloh und ein Heizer. Letzterer hatte den ihm bekannten Schaffner gebeten, ihm eine Fahrt nach Berlin auf Kostenbillet zu ermöglichen. Der Beamte hielt eines Tages eine Blankofortie Gütersloh-Aplerbeck zurück, auf der der Heizer die nötigen Radierungen vornahm, um sie für die Fahrt nach Berlin gültig zu machen. Er gelangte auch anstandslos nach Berlin und zurück. Wie er auf dem Gütersloher Bahnhof ankam, wurde der Betrug entdeckt. Beide erhielten jetzt vom hiesigen Schwurgericht je 1 Jahr Zuchthaus.

Boerde (Reis Hagen), 24. April. Der hiesige Schützenverein feiert in diesem Jahre das Fest seines 300jährigen Bestehens. In dem noch vorhandenen Protokollbuch vom Jahre 1607 heißt es, daß beschloffen wurde, das Schützenfest 1607 wieder in der Weise zu feiern, wie es seit uralter Zeit Brauch und Sitte gewesen sei. Demgemäß wäre der Verein noch viel älter als 300 Jahre; ältere Schriftstücke sind aber nicht mehr vorhanden.

(Siegen, 24. April. Durch Säure, die am Samstag dem Sieglusse von irgend einer gewerblichen Anlage zugeführt wurde, sind Tausende von Fischen zugrunde gegangen. Sie wurden, auf der Oberfläche des Wassers treibend, zentnerweise herausgefischt.

(Siegen, 24. April. Im Polizeigefängnis Weidenau hat sich ein wegen Sittlichkeitsverbrechens verhafteter Mann mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Er wurde tot aufgefunden.

(Effen, 25. April. Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg verhandelte das Schwurgericht gegen den 19jährigen Bergmann Josef Kaczmarek aus Wanne. Bei einem Ringkampf zwischen dem Angeklagten und dem Bergmann Johann Petrusch aus Röhlinghausen am Abend des 17. Februar d. J. hatte der Angeklagte seinem Gegner mehrere Messerstiche, darunter einen tödlichen, ins Herz beigebracht. Der Angeklagte, der damals angetrunken gewesen, wurde unter Ausschluß mildernder Umstände für schuldig befunden und zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Elberfeld, 25. April. Die Stadtverordneten beschloffen die jährliche Einhebung von 10 000 Mark in den Etat, woraus bedürftigen und würdigen Kriegsveteranen, die wenigstens 10 Jahre in Elberfeld wohnen, Unterstützungen bis zum Betrage von 300 Mark gezahlt werden sollen, ohne daß diese Beihilfen als Armenunterstützungen gelten.

Düsseldorf, 25. April. Eine Polizeiaffäre mit unangenehmem Ausgange für die beteiligten Beamten spielte sich vor der hiesigen Berufsgerichtsammer ab. In einer Reichstagswahl-Versammlung zu Gerresheim hatte der Glasarbeiter Paul Böfeler mit Bezug auf zwei dortige Polizeibeamten behauptet, seitdem diesen eine Geldanleihe bei dem Wirt Strach mißlungen sei, werde letzterer in besonders erheblichem Maße mit polizeilichen Strafmandaten bedacht. Vom Schöffengericht in Gerresheim war R. wegen öffentlicher Beamtenehrendung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die zweite Instanz erkannte heute auf Freisprechung. Die Urteilsbegründung hob hervor, daß die Behauptungen des Angeklagten bezüglich des Geldes auf Wahrheit beruhen und er von der Wahrheit seiner Behauptung, daß auf die Verweigerung der vielen Proteste zurückzuführen seien, überzeugt sein konnte. Der Angeklagte habe auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, da in einer politischen Versammlung Jedermann das Recht habe, kommunale Mißstände zu besprechen. Auf jeden Fall hätten sich die Polizeibeamten sagen müssen, daß ihr Verhalten sehr bedenklich sei.

Düsseldorf, 24. April. Vor dem Schwurgericht hatte sich der 53jährige Ackerer Johann Schmitz aus Serm wegen Jagdvergehens sowie tätlichen Angriffs und Körperverletzung zweier Forstbeamten zu verantworten. Schmitz wurde am 1. November 1904 in dem Besitztum des Grafen Spee von den Beamten abgefaßt, als er mit der geladenen Flinte widerrechtlich die Jagd auf Hasen ausübte. Er griff die Beamten tödlich an und drohte ihnen, daß er sie töten werde. Nach der Tat war Sch. nach Holland geflüchtet und dort über 2 Jahre geblieben. Der Angeklagte, der in der ganzen Gegend als Wilderer bekannt und wegen Jagdvergehens schon dreimal vorbestraft ist, wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

(Weßeling, 25. April. Ein Unglücksfall hat sich auf der Rheinuferbahn ereignet. Als ein Maurer von hier damit beschäftigt war, einen Wagon Holz abzuladen, geriet er unter die heruntergefallenen Balken, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Der Verunglückte hinterläßt Frau mit 5 kleinen Kindern.

(Aöln, 24. April. (Diamantene Hochzeit.) In Führenich konnten vorgeführt die Eheleute Ackerer Johann Zander das feierliche Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Der Jubilar zählt 87, die Jubelbräut 84 Jahre. Am Festtage feierte gleichzeitig eine Enkelin des Jubelpaares die grüne Hochzeit.

(Aöln, 24. April. (Spielhölle ausgenommen.) Die Polizei nahm in der Nacht in einem Hause in der Schildergasse eine Spielhölle aus. 35 Spieler, meist Kaufleute, wurden überfallen, 3 davon festgenommen. Die Polizei beschlagnahmte einen größeren Vorrat Geldes.

Aöln, 24. April. Der verstorbene Matthias Stinnes war nicht, wie wir in vor. Nr. mitteilten, der Vater des bekannten Großindustriellen Hugo Stinnes, sondern nur ein Vetter desselben, mit dem dieser nicht einmal auf gutem Fuße lebte. Hugo Stinnes Vater führte den gleichen Vornamen wie sein Sohn, ist aber schon vor ca. 20 Jahren gestorben.

(Aöln, 25. April. (Kindermord.) In der „R. Ztg.“ ist zu lesen: Müller — so wollen wir sie nennen — sind eine rheinische Familie, die von jeher auch mit den rheinischen Nationaltugenden ausgestattet war: Dem Müßiggang, der Sanzeslust und einem erheblichen Maß von Mutterwitz. Großvater, Vater, sämtliche

Onkels, Neffen, Töchter und Nichten mußten. Ist es da verwunderlich, wenn Vater Müller sich gewissermaßen in seiner Familien- und Standeschre verlor, daß sein Jüngster, Franz, zu den anscheinend ganz unmusikalischen Menschenkindern zählt? Franzchen kam zur Schule und vor kurzem konnte der vielgepöhlte Vater wieder einmal eines jener gefährlichen Dokumente in Händen halten, die Schulzeugnisse heißen. Er überflog den sonst nicht ablenkbaren Befähigungsnachweis seines Jünglings und sah mit Schmerzen alsbald den wunden Punkt. Mit gerunzelter Stirn fragte er: „Was? mal, Franz, wie kommt das, daß Du im Singen nur „genügend“ hast? Franzchen denkt einen Augenblick nach, dann macht er ein Schwellmündchen und sagt unverzagt: „Was kann ich denn dazu sagen, daß der Lehrer immer anders singt, als ich?“ „Na, Gott sei Dank“, plagt der Vater los, „wenigstens den Mutterwitz hat er doch geerbt!“

Boypard, 25. April. Der Hundevergifter scheint seine Tätigkeit wieder aufgenommen zu haben. Schon einige Tage sind an verschiedenen Stellen Wurst gefunden. Gestern verendete, lt. „Loh. Ztg.“ ein Hund durch Strichnivergiftung.

Weglar, 25. April. (Vollstbader.) Die Stadtverordneten genehmigten endgültig die Errichtung eines Vollstbades, dessen Bauaufwand auf 180 000 Mark festgesetzt ist. 50 000 Mark wurden der Stadt zu diesem Zwecke von den Rüberrassen Eisenwerken überwiesen.

(Trier, 24. April. (Wirt erstochen.) Drei Schlosser, die in einer Wirtschaft des Industrieortes Differdingen gezecht hatten, haben den Wirt hier, der sein Guthaben forderte, totgeschossen. Die Mörder wurden verhaftet.

(Düren, 24. April. (Erstochen.) In Viersdorfer in ein junger Mann aus Düren im Streit erstochen worden.

Frankfurt, 24. April. Um wieder ins Zuchthaus zu kommen, hat ein Dieb in einem Wartesaal des Hauptbahnhofs in Stück Handgepäck gestohlen. Als Dieb meldete sich freiwillig ein Mann, der angab, er sei erst vor einigen Wochen aus dem Zuchthaus, wo er zwei Jahre zugebracht habe, entlassen worden. Beschäftigung habe er nirgends finden können, deshalb wolle er wieder ins Zuchthaus zurückkehren. Die Angaben des Mannes stellten sich als richtig heraus, worauf er verhaftet wurde.

Frankfurt, 25. April. (Um 63 000 M. betrogen.) Ein 30 Jahre altes Fräulein erstattete heute Vormittag bei der Polizei die Anzeige, daß sie ein 25 jähriger Engländer, der sich Charles Noel Ramsdell nennt und aus Chicago stammen will, um 63 000 Mark betrogen habe. Auf die Ergreifung des Engländer und die Herausgabe des Geldes hat die Dame eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Sie lernte den Engländer in München kennen, wo beide in einer Pension wohnten. Der fremde Herr gab sich als Vertreter der Standard Oil Company in Amerika aus, in deren Auftrag er nach München gereist sei. Die Beiden kamen überein, sich in Frankfurt zu verloben und dann gemeinsam die Reise nach Amerika anzutreten. Vor einigen Tagen machten die Beiden eine Tour an den Rhein. Nach Frankfurt zurückgekehrt erhob das Fräulein auf einer hiesigen Bank 63 000 Mark und übergab sie ihrem Bräutigam. Dieser ist seitdem mit dem Gelde verschwunden. Die Polizei hat nach allen Hafenplätzen Telegramme mit dem Signalement des Entflohenen geschickt.

Greuelthaten russischer Polizei.

In der Duma gelangte die Interpellation betreffend die Verhältnisse in Riga nach dem Spezialbericht über die von der Polizeiverwaltung von Riga und anderen baltischen Städten vorgeworfenen Folterungen zur Verhandlung. Die Gehilfen der Minister des Innern und der Justiz geben Erklärungen ab. Der Gehilfe des Ministers des Innern, Malakow, gibt die Richtigkeit der meisten in dem Bericht angeführten Fälle in bezug auf die Geheimpolizei zu und erklärt, daß der Minister des Innern eine Untersuchung zur Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe. Das Ergebnis dieser Untersuchung müsse abgewartet werden. Der Gehilfe des Ministers der Justiz, Luge, erklärt den Bericht, so weit er sich auf die Staatsanwaltschaft bezieht, für übertrieben. (Bewegung.) Die weitere Beratung wird abgelehnt, obwohl noch 13 Redner zum Worte vorgemeldet sind.

In dem oben erwähnten Bericht über die Folterungen, dessen Richtigkeit vom Ministergehilfen Malakow in allen wesentlichen Punkten anerkannt wurde, heißt es u. a.: Mit dem Beginn der Strafexpeditionen in den baltischen Provinzen begannen auch die Folterungen von Gefangenen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die gerügten, um sie erschrecken zu lassen. In Riga wurde zum Zweck der Folterung eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Gehilfen des Chefs der politischen Polizei, mehreren Polizeikommissaren und Agenten. Diese Kommission war vom Staatsanwalt und der Gendarmerieverwaltung mit besonderen Instruktionen für ihre Tätigkeit versehen, und vom Gouverneur mit dem Rechte ausgestattet worden, politische Angeklagte ohne gerichtliches Verfahren zu töten. Den Verwaltungschefs, dem Staatsanwalt und dem Gendarmeriechef waren die Marten und Folterungen, denen die Gefangenen unterworfen wurden, bekannt. Ein Gefangener wurde von einem Polizeikommissar niedergeworfen, worauf der Kommissar auf der Brust des Gefangenen so lange herumspwang, bis ihm sämtliche Rippen gebrochen waren und er, fürchterlich leidend, mehrere Tage lang keine Nahrung zu sich nehmen konnte, bis er dann erschossen wurde. Ein anderer Gefangener wurde so lange auf die Waden geschlagen, bis alles Fleisch sich von den Knochen gelöst hatte. Einem Dritten wurde das Gesicht mit einem eisernen Stäbe so lange geschlagen, bis die Nase und die Lippen in die Wunden hineingefallen waren und die Wunden so tief waren, daß sie nicht heilten. Ein anderer Gefangener wurde in der Nähe des Gefängnisses erschossen. Ein anderer Gefangener wurde von Kosaken an Händen und Füßen gehalten, und im Ganzen so lange geschlagen, bis der Erdboden von Blut bedeckt wurde. Die Gefangenen wurden gefangen genommen, die Hände von Fingern und Beinen gerissen, die Haare bündelweise ausgerissen, die Knochen an Armen und Beinen gebrochen. Die Marten und Folterungen waren von der Polizei organisiert und unter ihrer Beteiligung ausgeführt. Ein Lehrer wurde gemartert, um das Geständnis zu erzwingen, daß er im Gouvernement Moskau einen Polizeibeamten ermordet habe. Er wurde in das Gefängnis geschafft und nach etwa Monatsfrist wieder vorgeführt, um zu gestehen, daß er der Mörder Belensows sei. Dem Moskauer Bankraub gewesen sei. Er wurde so lange mit Raute geschlagen und so lange mit Eisenstäben geschlagen, worauf er auf dem Boden gelegt und in die Wunden Zucker gestreut wurde. Andere wurden maffiert, indem man sie blutig schlägt und die Wunden mit Salz einreibt. Ein anderer wurde auf eine Bank gesetzt, auf seine Brust ein Brett, auf dem zwei Polizisten balancierten, bis das Rückgrat gebrochen war, worauf er erschossen wurde.

Prinzessin und Kammerfrau.

Die Verhandlung gegen die Kammerfrau Anna Milewska wegen Diebstahls begann Dienstag von neuem vor der ersten Berliner Strafkammer. Die Angeklagte, die in großer Toilette auf der Anklagebank Platz nimmt, ist jetzt in Charlottenburg wohnhaft. Sie ist bekanntlich beschuldig, in den Jahren 1898 bis 1901 hier und im Auslande von der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, der Tante unserer Kaiserin, Juwelen und Schmuckstücke sich widerrechtlich angeeignet zu haben. Vor Eintritt in die Verhandlung bemerkt der Vorsitzende: Die Strafverfolgung in dieser Angelegenheit dauert bereits sechs Jahre. Schon dies zeigt, daß alles geschehen ist, was in Menschenkräften steht, um die Sache gewissenhaft zu untersuchen. Es ist wohl Zeit, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. Die Angeklagte ist, wie sich aus ihrer Vernehmung zur Person ergibt, jetzt 33 Jahre alt. Sie ist in Marggrahowa als die Tochter des Inhabers eines Fleischergeschäfts geboren. Wie der Vorsitzende feststellt, ist sie zunächst zur Gräfin Schwerin als Kammerjungfer engagiert worden. Die Angeklagte behauptet dagegen, als „Gesellschaftsdame“. Der Vorsitzende hält ihr dagegen vor, daß sie nach Aussage der Gräfin Schwerin 20 Mark Gehalt und abgelegte Kleidungsstücke erhielt. Die Angeklagte hat im August 1898 die Stellung bei der Gräfin Schwerin verlassen. Am 6. September 1898 wurde sie von der damals 70jährigen Prinzessin Amalie zu Schleswig-Holstein als Kammerfrau und Reisebegleiterin engagiert. Die Angeklagte behauptet, daß sie 80 000 Mark beiseite habe, als sie zur Prinzessin Amalie kam. Sie hat die Prinzessin auf Reisen nach Genua, Paris, Dinard, Algier begleitet. Sie behauptet, daß die Prinzessin stets in Geldverlegenheit gewesen sei, daß sie die Reisekasse geführt und zahlreiche Ausgaben für die Prinzessin gemacht habe. Als die Prinzessin in Algier, wo sie eine Villa für 6 Monate zum Preise von 14 000 Francs gemietet hatte, erkrankte, habe sie namentlich große Ausgaben für die Prinzessin gemacht. Der Vorsitzende betont, daß die Angaben der Angeklagten über die Mittellosgkeit der Prinzessin nach den Angaben der letzteren selbst und nach einem von ihr in einem gegebenen Augenblick gemachten Testament, worin sie ihr Vermögen auf 100 000 Mark angegeben, nicht stimmen können. Die Angeklagte soll einen ungeheuren Einfluß auf die Prinzessin ausgeübt und sie schließlich ganz beherrscht haben. Als die Prinzessin Amalie wieder nach Brimkenau zurückgekehrt war, haben sich, wie die Angeklagte behauptet, zwischen ihr und dem Herzog Ernst Günther Zwistigkeiten ergeben, denen sie dadurch ein Ende gemacht habe, daß sie die Stellung bei der Prinzessin aufgab. Auf dringendes Ersuchen und Bitten der Prinzessin habe sie sich bald darauf wieder dazu verstanden, wieder zu ihr in Dienst zu treten und zwar behauptet sie, daß sie als „Hofdame“ oder „Gesellschaftsdame“ engagiert worden sei. Sie hat sich dann wieder mit der Prinzessin auf Reisen ins Ausland begeben und plötzlich metamorphosiert sich Fräulein Milewska in eine Gräfin von Milewska. Der Vorsitzende hielt ihr vor, daß dies geschehen sei, nachdem sie in Paris im Bon Marché und im Louvre sich eine glänzende Toilette zugelegt und 8 hoch elegante Kleider, darunter sechs Morgenkleider, ein Reisekleid, ein Gesellschaftskleid, seidene Blusen usw. gekauft hatte. Sie sei dann von der Prinzessin den Herrschaften ihres Verlehrs plötzlich als Gräfin Michalowska vorgestellt worden, was großes Aufsehen und vielfach Kopfschütteln hervorgerufen habe. Die Angeklagte behauptet, daß diese Metamorphose auf Wunsch und nach Abrede mit der Prinzessin vorgenommen sei, um Ruhe vor den Nachforschungen und unbequemen Maßregeln des Herzogs Ernst Günther zu haben. Die Anklage geht nun davon aus, daß die Angeklagte in dem Zimmer der Prinzessin getrennt wurde, der Prinzessin gehörten und von der Angeklagten entwendet worden seien. Fräulein Milewska bestreitet das. Uebrigens, so sagt sie, würde sie ein Retentionsrecht an den Schmuckstücken der Prinzessin beiseite haben, denn diese habe ihr diese Schmuckstücke verpfändet zur Sicherung für alle die Ausgaben, die sie für die Prinzessin im Laufe der Zeit gemacht habe. Die piece de resistance bei ihr vorgefundenen Schmuckstücken bildet ein Kollier mit zwei Reihen echten Perlen mit Diamantverzierung und ein Kollier mit drei Reihen „römischen Perlen“. Die Angeklagte behauptet, daß unter diesen drei Reihen römische Perlen echte Perlen verstanden gewesen seien, daß die vorgefundenen Perlen aber unecht gewesen seien. Die Anklage geht davon aus, daß die Angeklagte die echten Perlen durch unechte ersetzt und die echten verkauft habe und daß daher das Geld stammt, welches sie als ihr Vermögen ausgegeben habe. Der Vorsitzende hält der Angeklagten weiter vor, daß der Konsul Anton in Kairo auf Ersuchen des Herzogs Ernst Günther sich am 3. April 1901 zur Aufnahme eines Protokolls zu der Prinzessin Amalie begeben habe. Die Angeklagte bestreitet, daß das Protokoll von der Prinzessin herrühre. Es sei lediglich vom Konsul Anton aufgestellt und die Unterschrift sei nachgeahmt worden. Der Vorsitzende erklärt es für eine ungeheure Dreistigkeit, einen preussischen Beamten einfach der Urkundenfälschung zu bezichtigen. Das sei unerhört. — Angekl.: Sie könne viele Briefe von Angehörigen der Deutschen Kolonie vorlegen, die alle von den „Spitzbüblereien“ des Konsuls sprechen. — Der Vorsitzende untersagt der Angeklagten nachdrücklich solche Angriffe und ersucht sie, sich auf einen vornehmeren Standpunkt zu stellen. Auf weiteren Vorhalt erklärt die Angeklagte: Wenn der Präsident so viel Wert auf die Feststellung lege, woher ihr Vermögen stamme, so werde sie dies vielleicht noch schließlich sagen, wenn es nötig sein werde. Vorläufig verweigere sie darüber die Aussage. (Die Verhandlung dauert fort.)

Deutsche Kultur in China.

Ein Unteroffizier als Schuldirektor.

Ein erfreuliches Bild in der Zeit der „Kolonialskandale“ bietet ein von dem Oberstleutnant v. Wilmann in der Zeitschrift „Hien“ veröffentlichter Bericht über einen deutschen Unteroffizier als Leiter einer Schule in Peking. Der Sergeant Karl Wilhelm Seible von der deutschen Gesandtschafts-Schule war mit dem deutschen Expeditionskorps nach China gekommen und hat dort aus eigenem Antriebe und zunächst nur mit eigenen Mitteln bei einer ganz kahlen Weggabung für Sprachen in Peking eine „Deutsch-Chinesische Schule“ ins Leben gerufen. Er eignete sich durch Selbststudium Kenntnisse in der französischen und englischen Sprache an und lernte die chinesische Umgangssprache vollkommen beherrschen! Vermöge seiner Sprachkenntnisse wußte er sich in hochstehenden chinesischen Familien Eingang zu verschaffen, und da er auch die chinesischen Sitten und Gebräuche sehr wohl studiert hatte, machte er sich bald eine vorzügliche Stellung unter den Chinesen. Im Jahre 1904 übertrug ihm der Großsekretär Ratung, der jetzt in der Kommission für die Reformen tätig ist, den Unterricht seiner Neffen. Bald traten auch andere Mandarine mit der gleichen Bitte an Seible heran. Dieser faßte nun den Entschluß, eine Schule zu gründen, in der unter voller Wahrung des chinesischen Charakters und der chinesischen Umgangsformen Söhne besserer Kreise mit westlicher, vor allem „deutscher“ Bildung bekannt gemacht werden sollten. Mit jenem Geschick, nie erlahmender Willenskraft und größter Zuversicht in

das Gelingen führte er seinen Entschluß aus. Mit ganz unbeschränkter Unterstützung von anderer Seite, seine eigenen Ersparnisse, ja selbst seine Wohnung zur Hilfe nehmend, mietete Seible ein Damen — ein größeres Häusergeviert — und richtete es zweckentsprechend ein; auch Pensionären wollte er Unterkunft bieten. Bald stand die Schule fertig da, eine Dase in der eben nicht vornehmen chinesischen Umgebung, so sauber, freundlich und schmod. Den Deutschen, die einmal in diese Stadtgegend kommen, ist es eine Augenweide, denn vergebens suchen sie sonst in Peking nach irgend einem deutschen gemeinnützigen Unternehmen. In der Tat haben wir außer dieser Schule nur noch eine kleine verborgene Klinik aufzuweisen, die von dem deutschen Gesundheitsratze mühsam erhalten wird. Das ist alles, was wir den reichen Hospitälern, Schulen und Missionsanstalten der Engländer, Amerikaner, Franzosen, Japaner und Russen an die Seite stellen können. Seible gewann für seine Schule tüchtige chinesische Lehrkräfte, auch deutsche Herren fanden sich, die ehrenamtlich in ihren Mußestunden Unterricht erteilten. Soll aber die Schule weiter bestehen und gedeihen, dann müssen ganz andere Mittel als bisher daran gewendet werden, damit fest besoldete deutsche Lehrer für sie gewonnen werden können. Vor allem muß es möglich gemacht werden, den Leiter der Schule, den Sergeant Seible, so zu stellen, daß, wenn er nicht mehr Soldat sein wird, er sich der Schule in unabhängiger Lebensstellung ganz widmen können. Jetzt kann er nur die ihm vom Dienst freigegebenen Stunden in der Schule zubringen. Mit unermüdlichem Eifer eilt er am Nachmittag zu ihr hin, lehrt, ordnet und rechnet. Dann schreibt er kleine Aufsätze für die Zeitungen, nur um die notwendigen Mittel für seine Schule zu beschaffen. Nicht den geringsten materiellen Vorteil hat Seible von seiner Anstalt oder erwartet einen solchen, im Gegenteil, er muß noch jetzt gelegentlich mit seiner Wohnung einspringen, wenn es gilt, einen gar zu aufdringlichen Schaden abzustellen. Alle Schüler hängen mit großer Liebe an ihrem Direktor, obwohl er nach Soldatenart strenge Zucht hält und genau auf die Haus- und Schulordnung sieht. Also der Anfang ist gemacht, sogar ein recht erfreulicher. Doch das Wert wird nur fortgesetzt werden können und sich weiter ausbilden lassen — es ist sogar an Seible schon der Wunsch nach einer Mädchenschule herantreten —, wenn die Mittel zu seiner Unterhaltung reichlicher fließen. Der Mann und sein Werk verdienen nähere Aufmerksamkeit, und wir hoffen, durch diese Zeilen das Interesse in weiten Kreisen für die deutsche Schule in Peking wachzurufen, von deren Existenz bisher nur wenige etwas wußten. Kommt nicht Seible und verloren gehen; die Japaner, welche die Bedeutung der Schule für die Zukunft wohl erkannt haben, strecken schon die Hand danach aus. Dem deutschen Volk in Waffen aber wird die Schöpfung eines deutschen Soldaten im fern Osten immerdar zur Ehre gereichen und zeugen für den guten Geist im Heere auch unter ungewohnten Verhältnissen.

Mus aller Welt.

— **Meuterei auf einem Dreimaster.** Von unglaublichen Vorgängen auf einem Dreimaster wird aus Dänemark berichtet: An Bord des aus Taltal (Chile) in Dänemark angekommenen Dreimasters „Femee“ kam es während der Fahrt zu Streitigkeiten zwischen deutschen, italienischen und schottischen Matrosen. Die Deutschen und die Schotten zwangen den Kapitän, einen Italiener zwei Monate lang in Effen zu legen. Das Schiff wird jetzt in Dänemark von Genarmen bewacht.

— **Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe in München** beschloß der dortige Magistrat mit 18 gegen 9 Stimmen während des ganzen Jahres mit Ausnahme von fünf Sonntagen während des Oktoberfestes und der Weihnachtszeit.

— **Bei einer Feuersbrunst im Dorfe Madow** bei Landsberg a. Warthe sind 8 Bauernwirtschaften mit 18 Gebäuden vollständig vernichtet worden. Verbrannt sind 21 Stück Rindvieh, ein Pferd, Schweine, Geflügel und fast sämtliche Ackergeräte. Das Feuer ist durch rauchende Knaben verursacht worden.

— **Spanische Königs-Patenkinder.** Die Gaceta official de Madrid veröffentlicht ein Dekret, das sicherlich bei allen spanischen Frauen, die demnächst Mütter werden, eine freudige Hoffnung erweckt hat. Dort heißt es nämlich: „Alle Kinder, die am gleichen Tage geboren werden, wie der erwartete Erbe des Thrones von Spanien, werden ein auf ihren Namen ausgestelltes Sparbuchs auf 125 Pesetas von der Sparkasse überwiesen erhalten, während an mittellose Mütter außerdem Kinderwäsche usw. verteilt werden wird. Ob reich, ob arm, werden alle kleinen Bürger, die an diesem Freudentage das Licht der Welt erblicken, rechtmäßige Patenkinder des spanischen Königspaares sein und vom Hofe ein Geschenk bekommen.“ Ueberdies werden in allen Schulen an dem Tage auch die Ferien beginnen. Alle Schulkinder sind selig, während ihre Eltern über diesen immerhin verfrühten Ferienanfang ein wenig verzweifelt sind.

— **Ein Streik der Dienstmädchen.** Wo heutzutage alles streikt, können auch die Küchen- und Dienstmädchen in dieser Beziehung nicht mehr zurückbleiben. In Argentinien ist vor einigen Tagen ein Streik ausgebrochen, der in seiner Art der überhaupt erste in Italien ist. Sämtliche Dienstmädchen der Stadt haben ihre Dienststellen verlassen und weigern sich energisch, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die Mädchen, deren Organisation sehr straff ist, verlangen höheren Lohn, zehn Stunden Arbeit und Ertragsbezahlung für Ueberstunden.

— **Der „Sohn des Hauses“.** Durch einen Gaunerstreich, der eines kaiserlichen Beigeschmacks nicht entbehrt, wurde in Budapest der kgl. ung. Kammerer Nikolaus Geper schwer geschädigt. Während er dienstlich abwesend war, erschien in seiner Wohnung ein eleganter Herr mit einer Reisetasche und fragte den ihn empfangenden, erst seit kurzem angestellten Diener: „Ist Papa zu Hause?“ Auf die Frage des Dieners, mit wem er die Ehre habe, erzählte der Fremde, daß er der Sohn des Kammerers und jetzt aus dem Auslande zurückgekehrt sei, wo er seit drei Jahren studiert habe. Den Gast tief beeindruckt, führte der Diener diesen in die Wohnung des alleinstehenden Kammerers ein, wo es sich der junge Herr alsbald bequem machte, sich eine Zigarette anzesteckte und zwei Cognacs trank, bei welcher Gelegenheit er ihn verabschiedete. Eine Viertelstunde später trat der „junge gnädige Herr“ mit seiner Handtasche wieder in das Wohnzimmer, ließ sich Ueberzieher, Hut und Stock reichen, und erklärte, er wolle noch einen notwendigen Gang machen; wenn Papa nach Hause komme, sollte man ihm sagen, der „junge gnädige Herr“ sei angekommen

und kehre bald zurück. Der Kammerer kam nach Hause, aber er wartet heute noch auf die Rückkehr des Gastes, um ihn festnehmen zu lassen, da er selbstverständlich nicht sein Sohn, sondern ein ebenso geriebener, wie frecher Gauner war, der während seiner kurzen Anwesenheit den Sekretär erbrochen und neben einer beträchtlichen Summe Geldes auch zahlreiche wertvolle Schmuckstücke mitgenommen hatte.

— **Seine Kinder entführt** hat der Maler Prela, der von seiner Frau geschieden ist, und dem die väterliche Gewalt über seinen jungen Sohn und seine Tochter gerichtlich entzogen wurde, aus der Wohnung seiner Frau in Leipzig. Es wird angenommen, daß er die Kleinen nach Pest gebracht hat, wo er mit einer vermögenden Dame zusammenlebt.

— **Die Liebe hört nimmer auf.** Großes Interesse erregt in New York die bevorstehende Vermählung eines Liebespaares, das zusammen mehr als zweihundert Jahre zählt. Der Bräutigam ist der 101jährige John Bundren, die Braut die 100jährige Miss McGuire. Beide haben sich, als sie zwanzig Jahre alt waren, verlobt, ihre Eltern gestatteten aber die Heirat nicht. Kürzlich haben sich die zwei alten Liebesleute wiedergesehen und beschlossen, nun endlich sich zu vermählen.

— **Todesfahrt durch das Wattenfeld.** Das weite Wattenfeld, das sich an der Elbmündung während der Ebbezeiten unübersehbar zwischen dem Festlande und der Insel Neuwerk ausdehnt, hat im Laufe der Jahre schon viele Menschen als Opfer gefordert. Selbst kundiger Führung hatten hier jetzt wieder vier Menschen hart mit dem Wattenfeld zu kämpfen. Das Gespann eines wegekundigen Landmannes von der Insel Neuwerk befand sich mit vier Personen auf der Fahrt von der Insel nach dem Festlande. Beim Durchfahren eines der den Fahrweg kreuzenden Wasserarme, sogenannten Priels, geriet das Gespann ins Treiben und wurde von der Strömung fortgerissen. Einer der Insassen fiel dabei vom Wagen in die reißende Strömung, während sich der Kutscher und die beiden anderen Fahrgäste, zwei Frauen, auf dem Wagen festhielten. So trieb der Wagen, vor dem sich die Pferde noch schwimmend zu halten vermochten, dahin und wurde glücklicherweise noch eben zur rechten Zeit auf eine seichte Stelle geworfen. Auch den über Bord gegangenen Fahrgast hatte die Strömung inzwischen wieder in flacheres Wasser gebracht. Das Gespann erreichte dann mit den völlig durchnässten Personen das Festland. Wie festgestellt wurde, sind durch das schwere Eisreiben, das in diesem Winter auf dem Watt herrschte, einzelne Priels bedeutend tiefer aufgewühlt worden, ohne daß sich hierfür nach außen hin ein Merkmal zeigt.

— **Geschwader** geht demnächst nach Kronstadt, um den Besuch der russischen Kreuzer in Portsmouth zu erwidern. Ursprünglich war ein größeres Geschwader dazu ausersehen, mehrere russische Häfen anzulaufen, jedoch hat man aus diplomatischen Gründen davon Abstand genommen.

Neueste Nachrichten

(W Continental-Telegraphen-Kompagnie (Wolffs Bureau). H Reichs-Telegraphisches Bureau; Z Privatmeldungen.)

W **Nachen**, 24. April. Eine von 500 Personen besuchte Versammlung der christlichen **Bauarbeiter** beschloß, ohne Kündigung in den **Ausstand** zu treten.

W **Kassel**, 24. April. In Elbern wurde durch **Bedens** ein **Mutter** mit ihrem **Kind** getötet.

W **Baireuth**, 24. April. Der **Doppelmörder Müller**, ehemaliger Lehrer in Nürnberg, welcher im März zum zweiten Male zum Tode verurteilt wurde, ist heute zu lebenslänglichem **Zuchthaus** **begnadigt**.

W **Bamberg**, 24. April. Das **Bankhaus Grafer** und **Müller** hat seine **Zahlungen eingestellt**. Der **Aufenthalt** des ausgetretenen Teilhabers **Grafer** ist unbekannt.

H **Prag**, 24. April. Der **Kassierer Petter** des hiesigen **Bankhauses Meyer** ist **flüchtig**. Bei der **Revision** der Bücher ergab sich eine **Unterschlagung** in Höhe von **110 000 Mark**.

W **Warschau**, 24. April. In der **Schabiastraße** wurde ein **Damenschneider** nebst **Sohn** von seinem **Schwiegerjohn** **erschossen**. Darauf tötete sich der **Mörder** selbst.

H **Madrid**, 24. April. Der **Marine-Minister** hat ein **Telegramm** erhalten, nach welchem in **Kartagena** die **Pest** ausgebrochen sei. Zur Zeit sollen sich **300 Pestkranke** in den **Spitälern** befinden.

W **Norfolk** (Virginia), 24. April. Der deutsche **Kreuzer „Noon“** ist zur Teilnahme an der **Flottenschau** in **Hamptonroad** **eingetroffen**.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Fernsprecher der Kamenener Zeitung Nr. 14, Kamen.

Zwangsversteigerung.

Freitag den 26. April, vormittags 10 Uhr, sollen beim Wirt **Hammer** zu **Seeren**:

1 Klavier, 1 Sofa, 6 Rohrstühle, 1 vieredriger Tisch mit Decke, 1 Kleiderständer, 1 Büffett, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Diwan, 2 gr. Bilder, 1 fl. Rauchtischchen und 2 ungefähr 2½ Monate alte Schweine;

ferner vormittags 11 Uhr beim Wirt **Burgemeister** zu **Werwe**:

1 gr. Vogelkäfig mit 8 Kanarienvögeln

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Kamen, den 25. April 1907.

Falley, Gerichtsvollzieher.

Betten

und Bettwaren aller Art liefern wir in nur
hervorragenden, best bewährten Qualitäten,

für deren Güte wir weitgehendste Garantie übernehmen.

Bettfedern
und
Daunen

garantiert staubfrei und füllkräftig
in allen Preislagen.

Durch Aufstellen einer neuen verbesserten

Dampf-Federn-Reinigungsmaschine

sind wir in der Lage, allen Ansprüchen an absolute Staubfreiheit der Federn zu genügen, sowie auch infolge mechanischen Einfüllens mittels Luftdruck grossartig aufgearbeitete Betten zur Ablieferung zu bringen. Füllen der Betten direkt aus der Maschine im Beisein der verehrlichen Käufer.



Reinigen und Aufarbeiten gebrauchter Federn in abgesondertem Raum.

Anmeldungen zum Reinigen gebrauchter Federn werden höflichst einige Tage vorher erbeten.

1499

Kamen.

Gebrüder Kaufmann.



Männer-Gesangverein
„Auguste Victoria“
Kamen.

Sonnabend d. 27. d. M.,
abends 9 Uhr:

Außerordentliche
General-Versammlung.
501; Der Vorstand.

PIANOS

modernen Stils, Flügel und Pianinos in vollkommener Ausführung, neu u. gebraucht, sowie Harmoniums und Klavierspielapparate in reicher Auswahl empfiehlt

Rud. IBACH Sohn
Kais. und Königl. Hof-Flügel- und Piano-Fabrikant.
Alleinvertrieb der Klavierspielapparate Pianola und Aeriola.

Barmen

Neuerweg 40
Filialen in Köln u. Düsseldorf.
Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

IBACH

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

erzeugt ein zartes, rosiges und jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und reinen, blendend schönen Teint. 1827
à St. 50 Pfg. bei: Heinr. Jacobi.

Inhalatorium

System Dr. Heryng.

1500

Sol- und Thermalbad Hamm i. W.
Fernruf No. 294. Friedrichstrasse 30.

Dr. med. Löhnberg

Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden.

Verkauf auf Abbruch.

Die alte kath. Kirche soll auf Abbruch meistbietend verkauft werden.

Die Bedingungen sind beim Küster Cramer einzusehen und werden da auch Angebote bis zum 1. Mai entgegen genommen.

Kamen, 22. April 1907.

Der Kirchen-Vorstand.

Hüten und Mützen

für Herren und Knaben
in allen Formen, Farben und Preislagen.

2000 Stück vorrätig.

Neueste Strohhüte sind eingetroffen.

W. Liesegang, Methler.

Ihre Kinder essen so langsam?

Dann versprechen Sie ihnen zum Nachtisch einen

Dr. Oetker's

Vanille-Pudding

und Sie werden erstaunt sein, wie schnell Ihre Kinder essen. Sie verlangen nach einem guten Pudding, weil er nahrhaft und bekömmlich ist.
1 Stück 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg. 1441



Huxel's kaufm. techn. Lehr-Anstalt

Hamm i. W., Bahnhofstr. 8.

Am Mittwoch, dem 1. Mai
Beginn neuer Kurse.

Abteilung I.

Schnellschönschreiben, Rechtschreiben verbunden mit Grammatik, Buchführung (alle Arten), Rechnen (bürgerl. und kaufm.), Maschinenschreiben (4 erstkl. Systeme), Stenographie, Korrespondenz, Rundschrift, Goth. Schrift etc. etc.

Gründliche Ausbildung zum perfekten Stenographen u. Maschinenschreiber.

Abteilung II.

Zeichnen, Algebra, Planimetrie, Stereometrie, Trigonometrie, Mechanik, Statik, Festigkeitslehre, Baukonstruktionslehre, Maschinenlehre etc.

Fachmännische Vorbildung für Maschinenbau-,
Baugewerk- und Bergschulen.

I. Referenzen.

Prospekte kostenlos.

Damenkurse separat.

Tages- und Abendkurse.

Anmeldungen werden jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag den ganzen Tag, sowie Sonntag morgen von 10 bis 1 Uhr entgegengenommen.
502 li

W. Huxel, Schreib- und Handelslehrer.

Ein vor einigen Jahren neu-
erbautes 1 1/2 stöckiges massives

Wohnhaus

in der Nähe der Zeche Preußen II bei Lünen, worin bisher Kolonialwaren- und Flaschenbiergeschäft betrieben worden, sich aber auch für jedes andere Geschäft eignet, ist mit einem ca. 90 Huten großen Garten per sofort oder später zu verkaufen. Interessenten wollen sich an **F. Bräuninghaus, Kaiseran** wenden. 503

Tüchtige Haushälterin oder älteres Mädchen

für die Küche gesucht. 498
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zauber

verleiht jedem Gesicht ein rosiges, jugendfrisches Aussehen, zarte, weiße, sammetweiche Haut und blendend schönen Teint.

Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** v. Bergmann & Co., Nabeven mit Schutzmarke: **Steckenpferd**.
à Stück 50 Pfg. bei: **W. Felting**, sowie bei **Heinr. Jacobi**. 1163

Steuer-Reklamationen

fertigt an
Bureau Dünker, Kamen
481 i (Hotel Monopol).

la. Speisekartoffeln

(Magnum-bonum),

la. Pflanzkartoffeln

(auf Lehmboden gewachsen)

zu haben bei 485

C. Römer,

Kamen, Weststraße 23.

Pilo

übertrifft an vorzüglichen Eigenschaften fast alle Schutzglanzmittel. Es gibt rasch Glanz, erhält das Leder, färbt nicht ab und erregt die Bewunderung aller Hausfrauen und Dienstmädchen. Achten Sie daher genau auf den Namen Galop-Crème Pilo beim Einkauf.

Mobiliarverkauf Kamen

Montag, den 29. d. M.,
morgens 8 1/2 Uhr anfangend,
läßt Fräulein Sophie Aron
heim hier wegen Aufgabe des
Haushalts und verziehschalt
fast ihre sämtlichen Mobiliar-
gegenstände, als:

3 Sofas, 3 Sessel, 1 Leinwand,
3 Kleider, 2 Küchenschränke,
1 Milchschrank, 1 Milchbott,
1 Kommode, 1 Konsole, 1
Schreibpult, 1 Ausziehtisch,
verschied. Tische, 19 Stühle,
Bettstühle, 4 Spiegel, 1 Wasch-
1 Blumentisch, 1 Bücher-
Schreibtisch, 1 Wand-, 2 Wand-
Uhren, 3 Bettstellen mit Ma-
trassen, 1 Nachtschlaf, mehrere
Waschbänke, Körbe und Kisten,
ferner 3 Betten, 2 Koffhaa-
matrassen, einige Tischdecken u.
Sofakissen, desgl. 2 Nähma-
schinen, 4 verschiedene Oefen,
2 Kohlenkasten, 1 Badewanne,
1 Brotbackmaschine, 1 Kü-
chenwaage, 4 Lampen, 4 Gas-
arme, 1 Gasföhrer, sonstige
Haus- u. Küchengeräte aller Art
und viele hier nicht alle einzeln
aufzählende Sachen, an ihrem
Haufe, Bahnhofstraße Nr. 16,
durch Unterzeichnete öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung
verkauft. 504

Kamen.
Reinhard, Gerdt's
Aukt.

Hochfeine gebr. Kaffee
empfiehlt zu billigen Tagespreisen
J. Brombach.

Royflänzer
mit Brot vermischt radikal Rad-
machers Goldgeist. Patentmitl.
gesch. No. 76198. Geruch- u. farblos.
Reinigt d. Kopfhaut von Schuppen,
befördert den Haarwuchs, verhindert
Zuzug von Parasiten. Wichtig für
Schulkinder. 150 Flasche 50 Pfg.

in Kamen bei **H. Jacobi, Droge**,
H. P. Thiel, Droge.

Habe in meinen Gott u.
und P.

Gift gelegt.

Überaden. 1487

August Overhage.

Druck u. Verlag von C. May in Gärde

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 50.

Donnerstag den 25. April 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Nach Ueberweisung der Rechnung über den Haushalt des Schutzgebiets Kiautschou für 1904 an die Rechnungs-Kommission und Annahme eines Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden wird die Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung fortgesetzt. Abg. Graef (Wirtschaftl. Vgg.) schließt sich dem Protest des Staatssekretärs und des Abg. Dr. Varnhorst (Nrt.) gegen die Angriffe des Abg. Seine auf die deutsche Rechtsprechung an. Sodann legt Redner den Standpunkt seiner Partei zu den einzelnen Resolutionen dar. Notwendig sei die Einschränkung der Konkurrenzklause; besondere Mißstände seien in den großen Warenhäusern zu konstatieren. — Staatssekretär Dr. Nieberding führt aus, bezüglich der gesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenzklause werde seitens der Regierungen allen Ernstes dahin gestrebt eine Abhilfe in den erkannten Mißständen zu schaffen. Eine Denkschrift über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses habe schon dem letzten Reichstage vorgelegen. Die Regierungen seien aus ehrlicher Ueberzeugung zu ihrer ablehnenden Haltung gekommen. Er bitte die Resolution abzulehnen; die Regierungen ständen derselben nach wie vor ablehnend gegenüber. — Abg. Bruhn (Nrt.) erklärt die zustimmende Haltung seiner Partei zu der Aufhebung des Zeugniszwanges für Redakteure und Abgeordnete; ebenso seien seine Freunde für die Resolution betr. Vätern für die Schöffen und Geschworenen. Redner beklagt sich dann über die übertriebenen hohen Forderungen der Rechtsanwältel und fragt nach dem Stande der Reform der Wechselprotektgesetzgebung. — Abg. Hilb (Nrt.) meint, die Frage der Heraushebung der Kompetenz der Amtsgerichte sei von außerordentlicher Tragweite; die kleinen Landgerichte würden dadurch teilweise zu voller Bedeutungslosigkeit herabsinken. Redner weist dann die Angriffe des Abg. Bruhn gegen die Rechtsanwältel zurück.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpt.) erklärt, bei aller Hochachtung vor dem Staatssekretär könne er nicht verschweigen, daß man in weiten Kreisen des deutschen Volkes der Arbeit des Reichsjustizamts bezüglich der allerwichtigsten Aufgaben keine großzügige Initiative und Energie zuspreche. Der Reichsanwalt habe als wichtigste Aufgabe die Erfüllung des Wunsches auf Reform der Gerichtsverfassung und der Strafprozeßordnung zugesagt. Es müsse die schärfste Einbildung des Versprechens des Reichsanwalt unter allen Umständen gefordert werden. (Sehr richtig!) Den Resolutionen über die Automobilhaftung und Sicherung der Bauhandwerkerforderungen stimme seine Partei zu. Die Resolution betr. die Haftung des Tierhalters lehne sie ab. Der Resolution betr. den Zeugniszwang der Abgeordneten und der Presse stimme sie auch zu. Auch er halte für nötig, daß der Richterstand wieder mehr Fühlung mit allen Schichten des Volkes bekomme. Ueber den Fall Beuthen hätte der Staatssekretär Auskunft geben müssen. Es handle sich hier nicht um eine Rechtsbeugung, sondern um eine Schlaperei und großen Leichtsinns des Gerichts. Ebenso müsse die verschiedenartige Behandlung der Zeugen je nach ihrem Stande oder der Konfession streng gerügt werden. (Beifall.) — Staatssekretär Dr. Nieberding stimmt dem Abg. Dr. Müller-Meiningen bezüglich der gleichartigen Behandlung der Zeugen zu, wenngleich sie auch nicht immer ganz durchgeführt werden könne. Bedauerlich sei nur, daß er die Regierungen stets sehr scharf, die Sozialdemokraten aber recht nachsichtig angefaßt habe. Den vom Abg. Seine angeführten Beuthener Fall habe er nicht gekannt, Abg. Seine habe ihm nur den Breslauer Fall betr. den jugendlichen Verbrecher abgefragt; auch in diesem Falle sei nicht mit zweierlei Maß gemessen worden. Auf den Zeugniszwang der Reichstagsabgeordneten wolle er nicht eingehen, und wolle nur darauf hinweisen, daß auch das Frankfurter Parlament von 1848 entschieden habe, daß die Abgeordneten ihr Zeugnis nicht verweigern dürften. — Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.) wendet sich zunächst gegen Dr. Müller-Meiningen und geht dann auf die Arbeit der Sekretariate ein, mit denen man gute Erfahrungen gemacht habe. Die Einrichtung derselben sei eine positive Arbeitsleistung, tausendmal mehr wert, als die Tätigkeit mancher Minister. Verlangt werden müsse ein einheitliches Gefühlsrecht. Redner geht schließlich auf die Frage des Zeugniszwanges gegen Redakteure ein. Besonders trafe sei der Fall des Redakteurs Gek in Mannheim, in dem auch die Herren Friedberg und Rarkunkelstein verhaftet und zwangsweise fotografiert wurden. Wenn ich, schließt der Redner, Staatssekretär wäre (Seiterkeit), (der Herr Staatssekretär möge es nicht übel nehmen), so würde ich nicht die Geduld haben, alle Jahre fast dieselben Reden anzuhören. (Seiterkeit.) Ich meine, ich würde nachgeben und dadurch der Klugere sein. (Große Seiterkeit.) — Nach persönlichen Bemerkungen verlag das Haus die Weiterberatung.

Deutschlands Schuldenlawine.

Mehr als vier Milliarden Reichsanleihe.

Die dem Deutschen Reiche nach der Beendigung des deutsch-französischen Krieges als Entschädigung zugesprochenen vier Milliarden Mark hatten es ermöglicht, die Anleihen des Norddeutschen Bundes zu tilgen und weiterhin auf eine Reihe von Jahren alle einmaligen außerordentlichen Ausgaben im Haushaltsetat zu decken. Mit dem Beginn des Rechnungsjahres 1877-1878 erreichte die Herrschaft der Erde, und es wurde die erste Reichsanleihe in der Höhe von 72,2 Mill. Mark aufgenommen. Schnell hatte das junge Reich das Schuldenmachen gelernt und Jahr für Jahr wurde der chronische Fehlbetrag im Reichshaushalt durch Anleihen gedeckt. Anfangs nur ätzend. Die Vermehrung in den nächsten Jahren schwankte zwischen 24 und 79 Mill. Mk. jährlich, und erst das Jahr 1887-1888

brachte eine größere Anleihe im Betrage von 235 Mill. Mk. Immerhin beliefen sich nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. die verzinslichen Reichsschulden nur auf 721 Millionen Mark. Seitdem jedoch hat sich die Schuldenlast fortgesetzt vergrößert. Die Einnahmequellen des Deutschen Reiches, zu denen in erster Linie die Ertragnisse aus dem Verkehrsweisen (Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesen) sowie weiter die Zölle und Verbrauchsabgaben zu rechnen sind, reichten nicht entfernt aus, um die sich ständig vermehrenden Ausgaben zu decken. Bereits im Jahre 1890 hatten die Reichsschulden die erste Milliarde überschritten und fünf Jahre darauf die zweite. Immer mehr drängte die Schuldenlast auf die Notwendigkeit einer Sanierung unserer Finanzen. Der damalige preussische Finanzminister v. Miquel prägte das schöne Wort „Reichsfinanzreform“ zur Empfehlung der Steuerprojekte des Jahres 1894. Den Einnahmen des Deutschen Reiches sollten Tabakfabrikat-, Reichswein- und Quittungsstempelsteuern auf die Beine helfen. Die neuen Steuern fanden aber wegen ihrer Unpopularität keinen Anklang und die sogenannte Reform scheiterte. Die Schulden wuchsen ins Riesenhafte und der Reichstag fand sich immer wieder bereit, neue Anleihen, die nicht einmal in jedem Falle zur Deckung außerordentlicher Ausgaben dienten, sondern als Beihilfe zum ordentlichen Etat verwandt wurden, zu bewilligen. Der Etat balancierte nur noch mit Zuschußanleihen, und die Ausgaben wurden durch die kostspieligen Experimente in Ostasien sowie Südwestafrika weiter gesteigert.

An die Stelle des Vaters des Posttarifs, des Reichsschatzsekretär v. Thielen, trat Freiherr v. Stengel. Ihm fiel die Aufgabe zu, das Reichsfinanzwesen endlich gründlich zu reformieren, aber bei allem guten Willen, den der neue Reichsschatzsekretär gezeigt hat, blieb seiner Aktion der Erfolg verweigert. Trotz des kräftigen Anziehens der Steuerschraube, trotz Erbschaftsteuer, Brauereisteuer, Zigarettensteuer, Frachtfuhrkostensteuer, Personenzugfahrkartensteuer, trotz der Steuer auf unbezogene Aktien, trotz der Einföhrung der Postkarten, Druckfachen im Orts- und Nachbarortverkehr in den im allgemeinen Verkehr des Reiches gültigen Tarif — trotz aller dieser mit Ausnahme der Erbschafts- und der Einkommensteuer den Handel und Verkehr wesentlich erschwerenden Steuern ist es nicht gelungen, in diesem Jahre ohne die Aufnahme neuer Anleihen auszukommen. Wiederum mußte der Kredit in Anspruch genommen werden. Dies geschieht, wie bekannt, durch Ausgabe von 200 Mill. Mark Reichsschatzanweisungen mit dem Resultat, daß nunmehr die Reichsschuld über vier Milliarden Mark beträgt. — Der Finanzminister gibt die Gesamtschuld des Reiches und der Bundesstaaten auf nicht weniger als 16 Milliarden an.

Das sind Deutschlands Finanzen! Vor 36 Jahren vier Milliarden bares Gold, heute ebenso viel Schulden! Den einzig richtigen Weg zu beschreiten, von einer Vermehrung der indirekten Steuern abzusehen, durch die in erster Linie der ärmere Teil der Reichsbevölkerung schwer bedrückt wird, und an ihre Stelle direkte Steuern zu setzen, die allein im Interesse der Gesamtheit des Deutschen Reiches liegen und außerdem den Reichsgeheimnissen förderlich wären, dazu will sich die Regierung vorläufig noch nicht entschließen. Aber zweifellos werden die finanziellen Schwierigkeiten die Regierung bewegen, zu der einzig heilsamen Reichsfinanzreform zu greifen, zur Einführung eines direkten Reichssteuersystems.

Deutschland.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Montag zunächst einige Titel des Justizetats, die an die Kommission zurückgewiesen worden waren. Zu dem die Gerichtsfunktion betreffenden Titel hatte die Kommission einen Antrag des Abgeordneten Peltasohn (Frs. Vgg.) auf Befestigung der von der Regierung vorgeschlagenen gehobenen Stellen für die Gerichtsfunktion, sowie einen Antrag des Abgeordneten Mathis (nat.) auf Gleichstellung der Gerichtsfunktion mit den Verwaltungsfunktionen angenommen. Justizminister Dr. Beseler erklärte, daß die Regierung sich dem Votum des Hauses anschließen werde. Bei der allgemeinen Befolgungsaufbesserung der Beamten würde die Justizverwaltung bemüht sein, die Interessen ihrer Beamten wahrzunehmen. Namens der Freisinnigen Volkspartei empfahl Abg. Cassel warm den Kommissionsantrag, der angenommen wurde. Ebenso wurden die Titel über die Amtsanwälte angenommen, nachdem Abg. Gysling (Frs. Vpt.) die Gleichstellung der Amtsanwälte mit den Polizeiräten und Abg. Wismann (nl.) die Einführung einer Amtstracht für die Amtsanwälte gefordert hatten. Dann ging das Haus zur Beratung des Etats der Anstaltungskommission über. Hierzu haben die Freikonserverativen einen Antrag gestellt, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die angekündigte Polenvorlage in dieser Session nicht vorgelegt werde. In der zu erwartenden Vorlage verlangt der Antrag die Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: Vermeidung ungesunder Preissteigerungen, planmäßige Heranziehung von Arbeitern, Vereinfachung der Organisation der Anstaltungsbehörden. Abg. Graf Praschma (Ztr.) erkannte an, daß das Anstaltungswesen kulturellen Wert habe, bekämpfte die Anstaltungspolitik aber, weil sie auf einem Ausnahmefall beruhe. Abgeordneter Dr. v. Skarzynski (Pole) brachte die Beschwerden der Polen vor und erklärte, diese gingen ruhig ihrem Schicksal entgegen, denn sie wüßten: Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. Landwirtschaftsminister v. Arnim führte aus, daß man bis 1885 die Polen milde behandelt, ja sich sogar zeit-

weise um ihre Gunst beworben habe, da die Polen aber nicht treue Staatsbürger geworden seien, so sei der Regierung der Kampf gegen die großpolnische Agitation aufgedrungen worden. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, die Polen zu germanisieren, hat die Regierung nach dem Geständnis des Ministers aufgegeben, es sei aber ihre Aufgabe, dem Vordringen der Polen entgegenzutreten. Die Abgg. v. Oldenburg (kons.) und Gläzel (nl.) erklärten sich mit der Polenpolitik der Regierung einverstanden, Abg. v. Kardorff (fl.) ging auf die Vorgänge bei der Verlegung des ersten Anstaltungsgesetzes ein und befürwortete ebenfalls die Fortführung der bisherigen Polenpolitik.

— (Deutsch-französische „Verständigung“?) Während der politische Gesichtskreis unwidrig ist und kein Unterthema über die Schwierigkeiten der Lage sich einer Täuschung hingibt, tauchen die sonderbarsten Meldungen über allerlei merkwürdige „Verständigungs“-Bestrebungen auf. So läßt sich dieses Blatt aus Paris telegraphieren, daß der ehemalige französische Kriegsminister Etienne, ein angeblich „wiederkommender Mann“, in einem von ihm beeinflussten Blatte die „Errichtung eines deutsch-französischen Schiedsgerichtsvertrages“ und zugleich die „Abänderung der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Vertrages von 1871“ empfiehlt und mittelst, der neue französische Botschafter in Berlin, Cambon, sei in diesem Sinne tätig. Das bejahte Blatt erblickt in dieser wunderbaren Offenbarung einen Beweis dafür, daß „der Gedanke einer engeren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in der französischen Presse immer mehr Anklang finde.“ Wir wären die Ersten, die das mit Freuden begrüßen würden, wenn es wirklich der Fall wäre. Das Streben aber, die 71er Meistbegünstigungsklausel zu beseitigen, ist das gerade Gegenteil einer freundschaftlichen Handlungsweise, da jede Veränderung in diesem Punkte das enge handelspolitische Verhältnis offenbar lockern müßte. Wenn zwei Staaten mit einander „auf ewige Zeiten“ vereinbaren, daß jede zollpolitische Begünstigung, die einer von ihnen einem Dritten gewährt, ohne weiteres auch dem anderen Vertragschließenden zugute kommen soll, so ist das sicherlich die allerstärkste Grundlage guter wirtschaftlicher und damit auch kultureller Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Wer den Frieden zwischen ihnen sichern will, wird nicht daran denken, den handelspolitischen Frieden zwischen ihnen zu stören.

Ausland.

Italien.

— (Einmal muß der Tag kommen.) Beim Stapellauf des Kreuzers „Roma“ hielt König Viktor Emanuel eine Ansprache, worin er ausführte: Er überreiche eine Flagge, welche die Königin für das Schiff gestiftet habe. Diese Flagge solle an Bord des Kriegsschiffes an dem Tage flattern, an welchem es die Aufgabe erhalten werde, mit den übrigen Schiffen der Schwesternationen zur Verteidigung der Ehre Italiens zu kämpfen. Er hoffe aufrichtig, daß dieser Tag noch recht lange fern bleiben möge, aber er müsse einmal kommen. Er sei sicher, daß die Flagge der italienischen Nation Glück bringen werde.

— (Der brüskierte Schwager.) Eigentümlich behauptete es, daß die Königin, welche die Flagge für den Kreuzer „Roma“ gestiftet hatte, nicht zum Stapellauf erschienen. Tribuna erklärt die Ursache des Fernbleibens der Königin folgendermaßen: Die Familie des Fürsten von Montenegro befand sich im königlichen Palaste zu Besuch, als zwischen dem König Viktor Emanuel und dem Prinzen Danilo von Montenegro ein Wortwechsel ausbrach. Der König war sehr entrüstet über einige vom Prinzen angewandte Ausdrücke und richtete kurzherab an ihn die Frage, für wann er seine Abreise anberaumt habe. Der Prinz und die übrigen Mitglieder der Familie reisten daraufhin am folgenden Tage ab. Die Königin, welche von dem Zwischenfall peinlich berührt war, ersuchte den König, ihr zu gestatten, dem Stapellauf fern zu bleiben.

England.

— (Eröffnung des Swasilandes.) Der Standard meldet aus Johannesburg, es heißt, General Botha verhandelt mit der englischen Regierung über die Eröffnung von Swasiland, welches jetzt ein sogenanntes geschlossenes Gebiet bildet. Swasiland ist noch Kronkolonie und wird direkt vom Kolonialamt regiert. Die Königin von Swasiland soll der neuen Transvaalregierung das Anerbieten gemacht haben, ihr Land für Minenspekulationen und sonstige Unternehmungen freizugeben, wenn man ihr ein Jahresentkommen von 80 000 Mark gewährt. Das Land ist sehr reich an Gold, Diamanten und sonstigen Mineralien. Die Eröffnung dieses Landes für europäische Unternehmungen würde eine große finanzielle und industrielle Förderung für den Transvaal bedeuten.

